

Bund könnte Bankdaten haben, will aber nicht

Bundesbern tut nichts dafür, un versteuerte Gelder aus dem Ausland zurückzuholen.

Das Angebot der Deutschen lag auf dem Tisch. Schweizer Steuerbehörden sollten im Steuerabkommen Gegenrecht erhalten. Und an deutsche Banken 1300 formlose Anfragen über un versteuerte Gelder von Schweizern stellen dürfen. **Wie das Deutschland bei Schweizer Banken auch darf. Aber die Schweizer Unterhändler verzichteten laut BLICK-Informationen aufs Angebot.**

Das passt ins Bild: Bundesbern geht nicht gern gegen Bürger vor, die heimlich Steuer-millions im Ausland haben. Dabei geht es um viel. Auf 18 Milliarden Franken pro Jahr beziffert Finanzpolitikerin Margret Kiener Nellen (SP) die Steuerhinterziehung durch Schweizer Bürger. **Einen Teil horten deutsche Banken, wie Schweizer Politiker gerne betonen. Also könnten**

die 1300 Abfragen Gold wert sein.

Um geklautes Steuergeld leichter zurückzuholen, forderte Kiener Nellen letztes Jahr per Motion Steuerinformations-Abkommen mit Steuerparadiesen. **Der Bundesrat unter Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) war dafür. Unter SVP-Führung versenkte Mitte-Rechts den Vorstoss im Nationalrat.**

Dass Bundesbern nicht scharf ist, ins Ausland verschwundene Steuerfranken einzutreiben, zeigt auch eine andere Zahl: 2011 und 2012 **hat die Schweiz gerade mal drei Steuer-Amtshilfegesuche an andere Staaten gestellt.** Das Ausland stellte 2011 laut eidgenössischer Steuerverwaltung immerhin 370 Gesuche an die Schweiz.

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Im Steuerabkommen verpflichtet sich Deutschland, sich «nicht aktiv um den Erwerb» von geklauten Bank-CDs zu bemühen. **Die Schweiz hat keine solche Verzichtserklärung unterschrieben.**

Henry Habegger



Foto: Keystone

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf muss auf viel Geld verzichten.